

# Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



## Raus aus der Krise – Rein in die Bildung

- Großer Bildungstag des LEB am 14. März in Stuttgart

## Abwrackprämie für veraltete Schulen zahlen

- Mehr Bildungsinvestitionen zur Konjunkturförderung

## Der Lehrer als Schwachstelle der Bildung

- Bessere Auswahl und mehr Praxis nötig

## „Es tut sich eine ganze Menge“

- Der zweite nationale Bildungsbericht

## Überlebenschance für kleine Hauptschulen?

- „Modell 8+2“: Vernetzung mit beruflichen Schulen

## Wenn die Experten ins Schulhaus schauen

- Fremdevaluation: Was die Eltern darüber wissen sollten

## Mit Herzblut bei der Sache sein

- Praxisausrichtung des Gymnasialen Lehramtsstudiums

4 Seiten Hochschule aktuell

## Inhaltsverzeichnis

Infotag des LEB: Diskussion und Workshops am 14. März .....	2
LEB-Informationen: Offener Brief an die Politik .....	4
Lehrerbildung: Was sich ändern sollte .....	6
Fremdevaluation: Wissenswertes für Eltern .....	9
Bildungsbericht: Erste Erfolge sichtbar .....	12
Lesermeinung: Schule als Reparaturbetrieb .....	14
Hauptschule: Modell 8+2 und Werkrealschule .....	16

Abitur 2012: Neues zum doppelten Jahrgang .....	18
Wettbewerbe: Junge Tüftler gesucht .....	20
Bildungsregion: Netzwerke helfen den Schulen .....	21
Schulrecht: Strafe auch für Mitläufer .....	22
Gymnasium: Forderungen der Direktoren .....	23
<b>Hochschule aktuell</b>	
Programm: Schülerinnen forschen .....	24
Orientierungstest für Lehramtsstudierende .....	27



Christiane Staab,  
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

Hauptschule und kein Ende. Seit Jahren wird an dieser Schulart wie an einem Versuchskaninchen „herumexperimentiert“. An sich sind Experimente ja nun etwas Positives und auch wir wissen, dass es das Lernen über Versuch und Irrtum gibt. Getoppt wird diese Form des Lernens aber durch die Landesregierung, die den Versuchen mittlerweile schon gar nicht mehr die Chance gibt zu toppen oder zu floppen. Die groß angekündigten Modelle der Kooperation zwischen Hauptschule und Realschule in unterschiedlichen Ausführungen sind noch nicht einmal gestartet, da werden sie und mit ihnen viel Engagement von Schulleitungen, Lehrern und Eltern sowie außerschulischen Partnern auf die Auslaufbahn geschickt. Das „Maßnahmenpaket zur Stärkung der Hauptschule“. Der Praxiszug für lernschwächere Schüler wurde eingeführt und wird schon wieder ausgeführt. Die Werkrealschule als Modell 7 + 3 sowie 9+1 lief mit Erfolg und wird nun durch eine neue 9 + 1 Variante an der neuen Werkrealschule ersetzt. Wer will, kann aber auch die alte Werkrealschule weiterführen. Hä?

Nach Aussagen von Experten ist ohnehin nur die 2-jährige Berufsfachschule neben der „Mittleren Reife“ ein zur Fortführung geeigneter mittlerer Bildungsabschluss. Was wird aus der 2 BFS?

Mittlerweile ist nicht mehr erkennbar, was das Ziel des ganzen Bastelns sein soll. Geht es darum, der Hauptschule mehr Kinder zuzuführen? Dann brauchen wir diese aber auch. Selbst im „Kinderland“ ist ein Geburtenrückgang seit Jahren zu verzeichnen. Geht es darum, jeden Hauptschüler zu einem ausbildungs- und damit auch erwerbsfähigen jungen Menschen zu machen? Das wäre dringend nötig angesichts ca. 50 % Hauptschülern, die schlichtweg nicht vermittelbar sind. Dann hätte man aber Geld für zusätzliche Experten an den Schulen ihn die Hand nehmen müssen. Geht es darum, darzustellen, dass die Hauptschule Abschlüsse für weiterführende Beschulung garantiert? Dann wären Kommunikationsspezialisten gefragt, denn diese Abschlüsse sind bereits alle da (7+3, 8+2, 9+1, 2BFS...). Solange die Landesregierung nicht klar definiert, was eigentlich aus Ihrer Sicht das Problem mit der Hauptschule ist, werden auch immer neue Modelle wie jetzt die geplante Werkrealschule höchstens partiellen Erfolg haben, nicht aber das Gefüge der Hauptschule insgesamt verbessern. Dazu ist die Landschaft der Hauptschulen in Baden-Württemberg viel zu komplex, von einzügigen ländlichen „Kuschelschulen“ bis zu „Restschulen“ in den Großstädten, vor denen jeder flieht, der es irgendwie noch in ein anderes Wohngebiet oder auf die Realschule schafft. Komplexe Sachverhalte mit komplexen Problemstellungen benötigen komplexe Lösungsansätze. Und ein solcher kann in der Ortenau schon gar nicht der gleiche sein wie in Mannheim. Daher wird die Werkrealschule nicht ein Kind mehr anlocken, nicht ein Kind mehr aus der Bildungsferne holen und nicht ein Kind mehr gebären als dies die bisherigen Hauptschulen auch gekonnt hätten.

Lediglich wird sie dazu führen, dass es eine Konzentration der Hauptschüler auf größere und damit kostengünstigere Einheiten geben wird. Das ist legitim aus fiskalischen Gründen. Gerade für unsere Hauptschüler hätten wir aber eine Priorisierung pädagogischer Gründe und Konzepte benötigt. Angesichts des Schulalltags in Baden-Württemberg muss man geradezu schmunzeln, wenn es heißt, aufsuchende intensive Elternarbeit, Binnendifferenzierung, individuelle Förderprogramme sollen an der neuen Schule stattfinden. Aber ein Ganzttag ist freiwillig...

Der Städtetag begrüßt das neuen Konzept, erkennt aber gar nicht, dass ihm die Fäden aus der Hand genommen wurden. Die Kosten für notwendige Schulsozialarbeiter, Erzieher etc. sind bei den Kommunen geblieben, dafür dürfen sie jetzt noch zusätzlich Reiseverkehr zwischen Hauptschule, Werkrealschule und Berufsschule organisieren. Die Schließung kleiner Hauptschulen wird wegen der Forderung nach 3 verschiedenen Profilen ab der 8. Klasse kommen. Das Profil wird unter dem Strich nicht viel bringen, aber es wird das K.o.-Kriterium für die einzügigen Hauptschulen, die maximal 1 Profil anbieten werden können. Was noch keiner anspricht: Mit den Hauptschulen werden die Grundschulen sterben. Welche Konzepte gibt es hierfür?

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Christiane Staab

**Impressum:** Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Wiesenblick 6, 72250 Freudenstadt, E-Mail: [sib@leb-bw.de](mailto:sib@leb-bw.de), Internet: [www.leb-bw.de](http://www.leb-bw.de).  
Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: [info@neckar-verlag.de](mailto:info@neckar-verlag.de), Internet-Adresse: [www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de) – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

## Abi 2012 und demografischer Wandel

### Beginnt demnächst der Kampf um Studien- und Ausbildungsplätze?

Zusammen mit dem Philologenverband und dem AK-EB-Gym Tübingen veranstaltete das Elternforum Bildung eine Fachtagung in der Universität Ulm, um von Experten Antworten auf die Fragen zu bekommen, wie Bund, Land, IHK, die Universitäten und die Agentur für Arbeit auf die stark steigende Zahl der Schulabgänger mit Studienberechtigung und den demografischen Wandel reagieren.

Hochkarätige Referenten waren nach Ulm gekommen: so z.B. Bundesministerin Dr. Annette Schavan vom Bundesministerium für Bildung und Forschung oder Professor Dr. Volker Haug vom baden-württembergischen Wissenschaftsministerium. Rund 150 Interessierte waren der Einladung gefolgt und erfuhren zum Teil Überraschendes. Hier eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse:



Die Ministerin und ihre Gastgeber ( v.links) Wolfgang Kuert und Ursula Duppel-Breth vom Elternforum Bildung, Bundesbildungsministerin Annette Schavan, Bernd Saur und Brigitte Röder vom Philologenverband und Barbara Münch vom Arbeitskreis gymnasialer Elternbeiräte Tübingen

dem sich nicht. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Studierneigung in konjunkturell schlechten Zeiten nach oben geht, was sich mit dem politischen Willen deckt. Derzeit studieren zirka 75 % aller Studienberechtigten, allerdings oft nach einer längeren Zeit des Übergangs (Bundeswehr, Soziales Jahr, Reisen).

Das Land gibt jährlich 150 Mio Euro (in den Jahren des Spitzenbedarfs) für diesen Studienplatzausbau, was in etwa der Hälfte der entstehenden Kosten entspricht. Die andere Hälfte soll von den Hochschulen selbst erwirtschaftet werden, sie können aber auch die Mittel des Bundes (Hochschulpakt 2020, siehe unten) dafür verwenden.

Der Ausbau geschieht nach zwei Richtungen gesteuert: nach Art und Inhalt der Plätze. Prozentual die meisten

Zuwächse werden an Berufsakademien und Fachhochschulen geschaffen, die Zuwächse nach Studienfächern gliedern sich wie folgt auf:

- 40,0% Geistes-/Sozialwissenschaften incl. Recht, BWL; VWL
- 35,0% Ingenieurwissenschaften
- 9,0% Naturwissenschaften und Mathematik
- 4,4% Sprachen
- 6,0% Pädagogik
- 3,5% Medizin
- 1,0% Kunst
- 1,5% Agrarwissenschaften und sonstige

Das Land beabsichtigt mit dem Masterplan 2012 Studienplätze für möglichst alle seiner Landeskinder zu schaffen. Bedacht werden muss, dass die meisten Flächenländer in Deutschland zwischen 2011 und 2013 ebenfalls doppelte Abiturjahrgänge an die Universitäten Deutschlands schicken und dort noch nicht überall Ausbaupläne bekannt sind. Allerdings besteht die Zusage, dass die Politik nachsteuern werde, wenn die Anzahl der zusätzlich geschaffenen Plätze nicht ausreichen sollte. Details siehe auch in *Schule im Blickpunkt* Nr. 5, Mai 2007.

(Referent: Prof. Dr. Volker Haug, Leiter der Zentralestelle im MWK Baden-Württemberg)

#### G8 und der Übergang ins Berufliche Gymnasium

Die Mittlere Reife wird im G8 nach Klasse 10 mit dem Versetzen in die Klasse 11 erworben. Allerdings können wechsellustige Schüler im G8 selbst entscheiden, ob sie nach Klasse 9 oder nach Klasse 10 ins Berufliche Gymnasium wechseln, beides ist möglich. Bei einem Wechsel aus Klasse 9 ist zu beachten, dass dies dann ohne Mittlere Reife geschieht, in diesem Fall erst mit dem Bestehen der Klasse 11 im Beruflichen Gymnasium erworben wird. Sollte ein Schüler, eine Schülerin aus Klasse 10 in die Oberstufe des Beruflichen Gymnasiums wechseln, so zählt die Klasse 10 nicht als wiederholt, notfalls könnte der Betreffende die Klasse wiederholen. Tatsächlich führt der Weg aus Klasse 10 ins Berufliche Gymnasium zu einem echten 13-jährigen Bildungsgang, also zu einem G9. (Referent: Günther Reinhart, Kultusministerium Ba-Wü)

#### Reichen die Studienplätze ?

Im Jahr 2012 machen zwei Jahrgänge Abitur, was zu einem einmaligen Anstieg der Studienberechtigten um ca. 25.000 führen wird. Allerdings trifft diese Spitze auf sowieso steigende Schülerzahlen, weshalb erst weit nach 2020 die Studienanfängerzahlen etwa wieder den Wert der letzten 3 Jahre erreichen wird.

Darauf hat das Land Baden-Württemberg – als erstes Bundesland – reagiert und den „Masterplan 2012“ beschlossen. Dieser besagt, dass das Land beginnend in 2007 bis 2012 insgesamt 16.000 neue Studienanfängerplätze (jährlich) einrichtet. Aus heutiger Sicht scheinen diese Plätze zu reichen, vorausgesetzt, das Studienverhalten der jungen Leute und die Anfängerzahlen der ausländischen Studierenden verän-

#### Abitur nicht mehr allein Schlüssel zur Hochschule

Die Studienstrukturen und –inhalte haben sich durch die Harmonisierungsprozesse innerhalb der EU zum Teil stark verändert – Stichwort Bachelor- und Masterabschlüsse – und die Anzahl der angebotenen Studiengänge ist allein in Baden-Württemberg auf rd. 1.900 gestiegen. Eltern könne da kaum mehr helfen. Weil viele junge Menschen nur vage wissen, was im Studium auf sie zukommen, wurden in den letzten

Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um diesem Manko abzuweichen:

- Die Berufs- und Studienorientierung an den Schulen aller Schularten erhielt ein größeres Gewicht in den Bildungsplänen.
- Rd. 600 Lehrkräfte (hauptsächlich BOGY-Lehrkräfte) werden derzeit geschult, um besser Orientierung geben zu können.
- Im Wissenschaftsministerium wurde die Servicestelle Studieninformation-/ orientierung geschaffen, die die Aktivitäten der Studieninformation steuert ([www.studieninfo-bw.de](http://www.studieninfo-bw.de)).
- Die Hochschulen haben ein tiefgestaffeltes Informationssystem entwickelt, vom Studientag bis zur Einzelberatung.
- Ab 2011 müssen die Studierwilligen den Einschreibungsunterlagen ein Testat beilegen, das nachweist, dass sie sich einem Orientierungstest unterzogen haben. Dieser kostenfreie Test, der derzeit vom Wissenschaftsministerium erstellt wird, soll online durchgeführt werden und ist dann zwingend vorgeschrieben. Ebenfalls ab 2011 müssen die Hochschulen Auswahltests durchführen. Mit dem Orientierungstests sollen sich die jungen Leute über ihre Interessen und Stärken klar werden, um so die richtige Studienfachwahl treffen zu können. Bei den Auswahltests prüft die Hochschule, ob die Studienbewerber den fachlichen Anforderungen entsprechen.

Details dazu gibt es in einer der nächsten Ausgaben von **Schule im Blickpunkt**.

(Referentin: *Christine Westhauser, Studienberatung der Universität Ulm*)

### ... und der Arbeitsmarkt?

Die steigende Studierwilligkeit in konjunkturell schlechten Zeiten hat u.a. ihre Auswirkung in der dann sinkenden Bereitschaft der Betriebe, Ausbildungsplätze bereitzustellen. Während in den letzten Jahren die Ausbildungsplätze angewachsen sind, muss man abwarten, ob sich diese Entwicklung verlangsamt.

Vor allem die IHK weist aber schon jetzt ihre Mitglieder darauf hin, dass möglichst über den Bedarf ausgebildet werden soll, denn der Rückgang der Schülerzahlen (noch nicht im Gymnasium, aber bereits in den anderen Schularten) ruft in absehbarer Zeit einen eklatanten Fachkräftemangel hervor. Anhand von Prognosen allein für die Region Ulm ergibt sich im Zeitraum von 2012 – 2020 ein Mangel an Arbeitskräften von rd. 61.000, davon 10.000 Akademiker. Vernünftigerweise sollten sich die Betriebe jetzt schon die guten Leute – notfalls über den aktuellen Bedarf hinaus – sichern, um in Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben. Aber: Zwingen kann man niemanden, vor allem jetzt, wo die Presse sich mit negativen Meldungen zu übertreffen versucht.

(Referenten: *Cornelia Meindl-Schäfer, AA, Andreas Dzionara, IHK*)

### Was tut der Bund und was sind die Motive?

Die derzeitigen Aktivitäten können mit den Stichworten Hochschulpakt 2020 und Konjunkturprogramm II beschrieben werden.

Deutschland ist ein Hochtechnologiestandort und soll es in Zukunft auch bleiben. Deshalb wird angestrebt, dass 40 % eines Jahrganges studieren sollen, was derzeit noch nicht erreicht ist. Außerdem bewirkt der demografische Wandel, dass Fachkräfte knapp werden und in den Betrieben immer mehr ältere Arbeitnehmer beschäftigt sein werden. Dies zusammengenommen hat den Bund veranlasst, mit dem Hochschulpakt 2020 drei Ziele zu verfolgen:

- mehr Akademiker,
- durchlässigere Karrieren, studieren auch ohne Abitur, studieren im höheren Lebensalter,
- möglichst kein Abbau von Studienplätzen im Osten.

Der Bund bezuschusst in einer ersten Phase 90.000 Anfängerstudienplätze mit Pauschbeträgen in Höhe von 8.500 Euro pro Studienanfänger bis 2010, danach sollen weitere 275.000 Anfängerplätze mitfinanziert werden.

### Geld soll in die Bildung fließen

Das Konjunkturprogramm II soll zu einem überwiegenden Teil der Bildung zugute kommen. Alle investiven Maßnahmen in Kindergärten bis in Hochschulen können bezuschusst werden. Man kann die förderfähigen Maßnahmen umschreiben mit „rasch Aufträge für Handwerk und Handel“. Es können also alle Sanierungsmaßnahmen z.B. von Räumen oder Schultoiletten, Baumaßnahmen wie neue Fachräume oder Schulmensen, Anschaffungen von PCs oder Maschinen von diesem Geld bezahlt werden, aber keine Personalkosten. Ziel des Bundes ist, der Arbeitslosigkeit im Handwerk entgegen zu wirken.

Die Länder bekommen Mittel aus diesem Paket nach ihrer Einwohnerzahl zugewiesen, die Kommunen werden über die Maßnahmen in Schulen und Kindergärten entscheiden.

*Ursula Duppel-Breth*

### Anmerkung der Autorin:

Da die Kommunen bzw. die Landkreise über die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm zu entscheiden haben, ist es für Eltern schwer, Einfluss auf die Ausgaben zu nehmen. Schade wäre, wenn das Geld in bereits geplante und im Haushaltsplan eingestellte Maßnahmen fließen würde, dann wäre nichts gewonnen. Vielleicht gelingt es über das Konjunkturprogramm II sogar, für die Schüler des doppelten Abiturjahrgangs die erforderliche Anzahl an Oberstufenbücher zu beschaffen.